über 40 Jahre WIDERSPRUCH

Beiträge zu sozialistischer Politik

seit 1981

IMPRESSUM

Herausgeber:innen/Redaktion
Niculin Bilz, Rahel Bueb, Anita Escher, Benjamin Gerwoll, Michael Graff, Jacqueline Kalbermatter, Julia Klebs, Therese Wüthrich

Beirat
Franco Cavalli, Alex Demirović, Klaus Dörre, Stefan Howald, Ueli Mäder, Walter Schöni, Urs Sekinger, Peter Streckeisen, Patricia Purtschert, Daniel Stern, Brigitte Walz-Richter

Herstellung
Layout: Heinz Scheidegger, Korrektorat: Reto Plattner, Druck: StückleDruck, Ettenheim

Copyright
Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck, Fotokopien, elektronische Kopien sowie Übersetzungen von Beiträgen bedürfen der schriftlichen Genehmigung durch die Redaktion.

Titelblatt
Tina Modotti Donna con Bandiera, Mexiko City, 1928

Bild mit freundlicher Genehmigung des MoMa, New York/Scala, Florence.

Verlag
edition 8

ISBN 978-3-85990-608-?
ISSN 1420-0945

Adresse Redaktion
redaktion@widerspruch.ch
www.widerspruch.ch

WIDERSPRUCH
Quellenstrasse 25, CH-8005 Zürich

WIDERSPRUCH bestellen
WIDERSPRUCH erscheint halbjährlich:
Einzelheft: Fr. 25.–/€ 18.–
Jahresabonnement (2 Hefte): Fr. 40.–/€ 27.–

Förderabonnement: Fr. 150.–/€ 100.–

Gönnerinnen und Gönner unterstützen den Widerspruch mit mindestens Fr. 500.–/€ 350.–

zuzüglich Porto und Versandkosten

Postkonto: 80-56062-5
IBAN: CH98 0900 0000 8005 6062 5

WIDERSPRUCH
86

7 Editorial

SCHWERPUNKT

Formen des Widerstands

13 **Widerstand ist Leben: Eine Annäherung an kurdisch-feministischen Widerstand anhand von fünf Lebensrealitäten**

Widerstand beginnt nicht erst mit der Waffe oder dem Aufstand. Er beginnt dort, wo Frauen Sprache bewahren, Verwundete versorgen, Erinnerungen weitergeben und trotz Krieg und Vertreibung an einer Zukunft festhalten. Fünf Lebensgeschichten eröffnen einen erweiterten Blick auf kurdisch-feministischen Widerstand.

Elife Biçer-Deveci

25 **Widerstand war nie eine Wahl**

Als Kind durfte sie im Krippenspiel nur ein Schaf sein, weil ihr die deutsche Sprache fehlte. Heute sitzt sie im Parlament. Dazwischen liegt die Geschichte einer kurdisch-alevitischen Familie, von Ausgrenzung, politischem Widerstand und die Frage, wer in einer Demokratie überhaupt mitgedacht wird.

Edibe Gölgeli

33 **Vulnerabilität als politische Kraft**

Wie können wir über den Klimakollaps sprechen, ohne in Verdrängung oder Untergangsfantasien zu verfallen? Marie Seidel plädiert für ein neues Narrativ: Vulnerabilität ist keine Schwäche, sondern Ausgangspunkt solidarischen und gewaltfreien politischen Handelns.

Marie Seidel

39 **Widerstand (in) der Sozialen Arbeit**

Die soziale Arbeit sieht sich aufgrund ihrer normativen Position innerhalb kapitalistischer Gesellschaften mit Widersprüchen konfrontiert. Wie lässt sich widerständiges Potential dennoch erkennen und nutzen?

Tobias Studer

Widerstand ist (auch) feministisch

49 Mutige Frauen erinnern ins Jetzt

Warum die europäische Kulturgeschichte Risse braucht: Gedanken zum feministischen Theaterstück *Mutige Frauen erinnern ins Jetzt.*

Julia Klebs

59 Wegbereiterinnen der feministischen Ökonomie: »Wir stellten unsere Fragen und fanden unsere eigenen Antworten«

Feministische Ökonomie prägt seit einem halben Jahrhundert die feministische Bewegung und feministisches Denken. Pionierinnen beanspruchen Anerkennung für das neu geschaffene Fachgebiet: »Wir konnten Fragen stellen und unsere eigenen Antworten finden. Intellektuell war es sehr spannend.«

Therese Wüthrich

Solidarität über Grenzen hinweg

73 Wie kann Kuba überhaupt noch widerstehen?

Stromausfälle, Hunger, Exodus: Die US-Blockade treibt Kuba in seine schwerste Krise seit Jahrzehnten. Warum die Insel dennoch widersteht – und wie Solidarität und Widerstandswille Hoffnung geben.

Franco Cavalli / Beat Schmid

83 Der Schrei nach Befreiung

Der Text zeichnet die – aus heutiger Sicht zum Teil problematische – Entwicklung des sozialistischen und kommunistischen Antikolonialismus in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts nach. Können angesichts der verzweifelten Bemühungen des Westens, seine geopolitische Vorherrschaft zu bewahren, daraus Lehren gezogen werden?

Kurt Seifert

93 Widerstände verbinden – die grosse Herausforderung

Weltweit nehmen Volksaufstände zu, besonders im Globalen Süden. Junge Menschen protestieren gegen Korruption, Armut, Arbeitslosigkeit und neoliberale Politik. Die Bewegungen erzielen Teilerfolge, scheitern aber oft an Repression und fehlenden langfristigen Visionen. Nötig sind internationale Vernetzung, Solidarität und transformative Alternativen.

Urs Sekinger / Yvonne Zimmermann

Nachlese über die Abstimmung ›Keine 10-Millionen-Schweiz!‹

107 Was verteidigen wir eigentlich? Wie die Sprache der Nützlichkeit unser Menschenbild verändert

Befürworter:innen der ›Nachhaltigkeitsinitiative‹ beschrieben Migration mit irreführenden und teils nachweislich falschen Behauptungen sowie rassistischen Erzählungen als Belastung. Demgegenüber verteidigten viele Gegner:innen sie mit Verweis auf den Fachkräftemangel, die Finanzierung der AHV oder die Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz. Progressive Politik sollte diese Nutzenlogik aufbrechen.

Demian Cornu

115 Wie erklären wir das Nein zur Nachhaltigkeitsinitiative?

Die Masseneinwanderungsinitiative von 2014 und die Nachhaltigkeitsinitiative vom Juni 2026 erhielten nahezu gleich viele Ja-Stimmen. Der Zuwachs der Nein-Stimmen ist hingegen als Votum für eine Art des Zusammenlebens zu verstehen, die sich seit Einführung der Personenfreizügigkeit in schweizerischen Städten gefestigt hat.

Guglielmo Bozzolini

123 Migration und Gleichberechtigung

Wie Frauen mit Migrationserfahrung im 20. Jahrhundert die Geschichte der Gleichstellung in der Schweiz mitgeprägt haben und wie unter der Perspektive der Migration der Wandel von Geschlechterverhältnissen in Bezug auf Arbeitsverhältnisse, Bildung und politische Rechte in einem neuen Licht erscheint.

Francesca Falk

DISKUSSION

129 Militarisierung versus Care – Sicherheit für wen?

Der Krieg gegen die Ukraine sowie die aktuellen geopolitischen Machtverschiebungen haben auch in der Schweiz eine politische Debatte über Aufrüstung und Sicherheit ausgelöst. Die Autorinnen beschreiben den Prozess der Militarisierung und zeigen auf, welche Folgen er für geschlechtsspezifische Rollen und emanzipatorische Errungenschaften hat. Sie argumentieren, dass nur eine care-zentrierte Gesellschaft Sicherheit für alle gewährleisten kann.

Nina Schneider / Regula Flury

DENKANSTÖSSE

141 Fünfzehn Thesen zum Reiz der Autorität

Der Text thematisiert den anhaltenden Reiz von Autorität aus psychoanalytischer Perspektive anhand von 15 pointierten Thesen. Autorität und Abhängigkeit bleiben trotz Aufklärung und Säkularisierung wirkungsmächtig. Die politische Linke sollte dem Aufmerksamkeit schenken.

Jonas Borer

NACHRUF

153 Jean Ziegler

In freundschaftlicher Verbundenheit würdigen die Autoren Leben und Wirken von Jean Ziegler: ein widersprüchliches Leben, geprägt von politischem Widerstand und einer nie aufgegebenen Hoffnung auf eine bessere Welt.

Ueli Mäder / Roland Herzog / Daniel de Roulet

REZENSIONEN

163 Eleonora Roldán Mendívil / Bafta Sarbo (Hg.): **Die Diversität der Ausbeutung. Zur Kritik des herrschenden Antirassismus.**
Benjamin Gerwoll

166 Transforming Solidarities (Hg.): **Solidaritäten transformieren. Praktiken und Infrastrukturen in der Migrationsgesellschaft**.
Bernd Hüttner

167 Marlene Carvalhosa Barbosa / Alessandro Pelizzari (Hg.): **Le prix de la dignité. Les politiques du salaire minimum en Suisse.**
Daniel Rothenbühler

170 Caritas Schweiz, Forum 2026: **Wo steht die soziale Schweiz? Gemeinsam gegen Armut – 125 Jahre Caritas.**
Therese Wüthrich

173 Autor:innen

Guglielmo Bozzolini

Wie erklären wir das Nein zur Nachhaltigkeitsinitiative?

Die Volksabstimmung vom 14. Juni 2026 ist für die schweizerische Migrationspolitik und das demokratische Selbstverständnis des Landes von historischer Bedeutung.

Die Anerkennung der politischen Subjektivität von Migrantinnen und Migranten ist keine migrationspolitische Nebenfrage. Sie ist eine demokratische Notwendigkeit.

Ein Abstimmungsergebnis von historischer Bedeutung

Das Ergebnis der Volksabstimmung vom 14. Juni 2026 über die Initiative ›Keine 10-Millionen-Schweiz!‹ (Nachhaltigkeitsinitiative)[1] ist ein Ereignis von besonderer Tragweite in der langen Geschichte dessen, was in der Schweiz traditionell als Ausländerpolitik bezeichnet wurde und seit einigen Jahren unter dem Begriff Migrationspolitik verhandelt wird.

Es ist nicht das erste Mal, dass eine Initiative zur Begrenzung der Zuwanderung – nüchterner ausgedrückt: zur Einschränkung der Einreise – abgelehnt wurde. Diesmal schienen jedoch alle Voraussetzungen für eine Wiederholung des Erfolgs der Masseneinwanderungsinitiative von 2014[2] gegeben: Die Themen waren vergleichbar, und auch die mediale Begleitung wies deutliche Parallelen auf.

Die Ablehnung der Initiative ist deshalb nicht nur für sich genommen bedeutsam. Sie stellt zugleich jene Deutung des Volkswillens infrage, die seit der Abstimmung von 2014 die schweizerische Migrations- und Einbürgerungspolitik sowie deren administrative Umsetzung geprägt hat. Die damalige Abstimmung wurde während zwölf Jahren als gleichsam endgültige Momentaufnahme des Volkswillens behandelt.

Von höheren sprachlichen Anforderungen für die Einbürgerung oder der Verlängerung von Aufenthaltsbewilligungen bis zur zunehmenden Praxis, Niederlassungsbewilligungen von der Kategorie C auf B zurückzustufen[3], standen zahlreiche migrationspolitische Entscheide im Zeichen dieses Ab-

stimmungsergebnisses. Viele dieser Veränderungen wurden nicht auf gesetzgeberischem Weg, sondern durch exekutive oder administrative Entscheide eingeführt. Dies geschah nicht nur in bürgerlich geführten Kantonen und Departementen, sondern auch in Institutionen wie dem Staatssekretariat für Migration, das während eines grossen Teils dieser Zeit einem sozialdemokratisch geführten Departement unterstand.

Die Abstimmung vom Juni 2026 war daher kein gewöhnliches Nein zu einer weiteren Vorlage, welche die Zahl der in der Schweiz lebenden Ausländerinnen und Ausländer kontingentieren wollte.[4] Aufgrund der Art und Weise, wie die Initiative lanciert, begründet und im Abstimmungskampf vertreten wurde, nahm sie den Charakter eines umfassenden migrationspolitischen Programms an.

Ihre Ablehnung ist auch ein Nein zur massiven Ausweitung kurzfristiger Aufenthaltsbewilligungen, zur weiteren Prekarisierung der Lebens- und Arbeitsbedingungen von Migrantinnen und Migranten und zum Versuch, ihnen die Verantwortung für steigende Mieten und den Mangel an bezahlbarem Wohnraum zuzuschieben, anstatt die Ursachen etwa in der Immobilienspekulation zu bekämpfen. Vor allem bedeutet das Nein zur Nachhaltigkeitsinitiative eine Absage an die Rückkehr zu einer Ausländerpolitik, die Arbeitskräfte rief, aber die Menschen, die mit ihnen kamen, nicht sehen wollte.

Die Grenzen der utilitaristischen Gegenkampagne

Aus Angst vor einer Niederlage entwickelten die Gegnerinnen und Gegner der Initiative – insbesondere der Bundesrat – eine Kampagne, die fast ausschliesslich auf utilitaristischen Argumenten beruhte. Dieses Muster entspricht der historischen Strategie gegen fremdenfeindliche Initiativen und hatte bis zum Erfolg der SVP im Jahr 2014 meist funktioniert.

Im Mittelpunkt stand nicht die Gesellschaftsvorstellung, welche die Initiative verkörperte. Es wurde kaum thematisiert, dass diese Vorstellung Menschen nach ihrer Herkunft unterschied, den Arbeitsmarkt spaltete und dadurch die Stellung aller Arbeitnehmenden schwächte. Stattdessen wurde vor Chaos, Problemen für die Altersvorsorge (AHV), Schwierigkeiten bei der Rekrutierung von Gesundheitspersonal und einer möglichen Gefährdung der Beziehungen zur Europäischen Union gewarnt.[5]

Damit griff die Kampagne auf ein vertrautes Argumentationsarsenal zurück, ohne dessen Nebenwirkungen ausreichend zu berücksichtigen. Diese Form der Auseinandersetzung hat auch in Teilen der Linken und der

Arbeiter:innenschaft die problematische Vorstellung verfestigt, die Lebens- und Arbeitsbedingungen von Migrantinnen und Migranten müssten nicht deshalb geregelt werden, weil es sich um Menschen mit unveräusserlichen Rechten handelt, sondern danach, welchen Nutzen sie für jene haben, die über das Stimmrecht – in diesem Zusammenhang ein Privileg – verfügen.

Die Führung der Federazione delle Colonie Libere Italiane, in den frühen 1970er-Jahren die grösste Migrant:innenorganisation der Schweiz, hatte bereits nach der Abstimmung über die erste Schwarzenbach-Initiative im Juni 1970 vor den Folgen dieser Strategie gewarnt: Wer die Denk- und Argumentationsmuster der Initianten übernimmt, trägt dazu bei, sie in gesellschaftlichen Alltagsverstand zu verwandeln.[6]

Auch im jüngsten Abstimmungskampf stiess diese Strategie bei Migrant:innenorganisationen auf Vorbehalte. Besonders problematisch war die Entscheidung, den fremdenfeindlichen Charakter der Initiative nicht offen zu benennen und ihren politischen Kern nicht direkt anzugreifen. Stattdessen wurde sie vor allem als »Chaos-Initiative«[7] dargestellt.

Diese Zurückhaltung dürfte auch mit den argumentativen Schwierigkeiten jener Teile der politischen und gewerkschaftlichen Linken zusammenhängen, die während Jahren die Abkommen mit der Europäischen Union und die Personenfreizügigkeit vor allem als Gefahr dargestellt und mit ihrer Ablehnung gedroht hatten, um zusätzliche arbeitsmarktpolitische Zugeständnisse zu erreichen.[8] In einer Debatte wurde der Autor dieses Beitrags deshalb mit der berechtigten Frage konfrontiert: »Wären die Vorschläge der Initiative akzeptabel gewesen, wenn sich das Chaos in den Beziehungen zur Europäischen Union hätte vermeiden lassen?«

Was die Abstimmungszahlen zeigen

Auf den ersten Blick könnte das Ergebnis den Eindruck erwecken, dass die utilitaristische Gegenkampagne erfolgreich war. Eine genauere Analyse legt jedoch einen anderen Schluss nahe. Die wirtschaftlichen und institutionellen Warnungen haben dem gefestigten Wähler:innenblock fremdenfeindlicher Initiativen kaum Stimmen entzogen.[9]

Ein Vergleich der absoluten Stimmenzahlen zwischen der Masseneinwanderungsinitiative vom Februar 2014 und der Nachhaltigkeitsinitiative vom Juni 2026 zeigt, dass beide Vorlagen nahezu gleich viele Ja-Stimmen erhielten: 1 463 854 im Jahr 2014 und 1 492 857 im Jahr 2026. In ländlichen Regionen10 blieb die Zustimmung praktisch stabil, in intermediären Räumen und im übrigen städtischen Raum nahm sie sogar zu. Nur in den als Kern-

städte klassifizierten Gebieten ging die Zustimmung zu einer migrationspolitischen Begrenzung deutlich zurück.

Ein utilitaristisch motivierter Wechsel eines Teils der konservativen Wähler:innenschaft, wie er bei der Annahme der Initiative für eine 13. AHV-Rente[11] zu beobachten gewesen war, fand somit nicht statt. Die Ablehnung der Nachhaltigkeitsinitiative lässt sich nicht dadurch erklären, dass traditionelle Befürworterinnen und Befürworter rechter Vorlagen aus wirtschaftlichen Erwägungen die Seite wechselten.

Entscheidend war vielmehr die aussergewöhnliche Mobilisierung der urbanen Wahlberechtigten. Sie erklärt zugleich die hohe Stimmbeteiligung. In der Stadt Zürich beispielsweise stimmten 116 059 Personen oder knapp 76 Prozent gegen die Initiative; die Stimmbeteiligung betrug über 64 Prozent. 2014 hatten 82 968 Personen oder über 66 Prozent die Masseneinwanderungsinitiative abgelehnt, bei einer Beteiligung von fast 55 Prozent. Während die Zahl der Ja-Stimmen von 41 586 auf 36 929 sank, nahm die Zahl der Nein-Stimmen massiv zu.

Am 14. Juni 2026 stimmten in Zürich 37 262 Personen mehr gegen die SVP-Initiative, als am 2. März 2024 in derselben Stadt für die Initiative für eine 13. AHV-Rente gestimmt hatten. Ein ähnliches Muster lässt sich in den wichtigsten urbanen Gebieten der Deutschschweiz beobachten.

Zur Mobilisierung einer urbanen, vernetzten Gesellschaft

Diese Zahlen sprechen dafür, dass sich eine teilweise neue Wähler:innenschaft mobilisiert hat – Menschen, die nicht regelmässig an Abstimmungen teilnehmen und sich nicht zwingend von den klassischen Themen der sozialen Linken ansprechen lassen. Sie gingen diesmal nicht aus utilitaristischen Gründen an die Urne und auch nicht bloss, um ein vermeintliches Chaos zu verhindern.

Ihre Stimme war vielmehr ein Bekenntnis zur modernen, multiethnischen und interkulturellen Gesellschaft, in der sie leben. Die Mobilisierung setzte insbesondere in den letzten Wochen des Abstimmungskampfs ein, als einerseits die Gefahr einer Annahme real erschien und andererseits die Debatte endlich die tatsächliche politische Dimension und die konkreten Folgen der Initiative in den Mittelpunkt rückte.

Das Nein war ein Votum für ein Gesellschaftsmodell, das auf Zusammenleben und Interaktion beruht und sich in den schweizerischen Städten seit der Einführung der Personenfreizügigkeit gefestigt hat. Ein Erfolg der Initiative hätte dieses Modell grundlegend infrage gestellt.

Getragen wurde diese Haltung von einem Teil der Bevölkerung, der gewohnt ist, sich in globalen formellen und informellen Netzwerken zu bewegen: in multinationalen Unternehmen, internationalen Forschungszusammenhängen oder transnationalen Familienbeziehungen. Diese Menschen wollen nicht von jenen Beziehungen getrennt werden, die ihren Alltag und ihre Lebensentwürfe prägen.

Vor diesem Hintergrund sollten die Kräfte, die den Abstimmungskampf gegen die Nachhaltigkeitsinitiative geführt haben, ihren Erfolg auch politisch beanspruchen. Bevor der in den Medien wiederholt erhobenen Forderung nachgekommen wird, den gut 45 Prozent Ja-Stimmen Rechnung zu tragen, muss die klare Willensäusserung der Mehrheit respektiert werden. Die Politik muss anerkennen, dass sich die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse verändert haben. Das Bild des Volkswillens ist zu aktualisieren, und die Migrationspolitik der kommenden Jahre muss mit dem Abstimmungsergebnis vom Juni 2026 in Einklang gebracht werden.

Migration als Debatte ohne Migrantinnen und Migranten

Eine zweite kritische Überlegung ergibt sich aus der Tatsache, dass die wichtigste migrationspolitische Auseinandersetzung der vergangenen zwölf Jahre geführt wurde, ohne dass Migrantinnen und Migranten darin eine erkennbare Rolle spielten oder ihre Stimmen angemessen gehört wurden. Erneut waren sie Gegenstand der politischen und gesellschaftlichen Debatte, nicht aber handelnde Subjekte.

Dies ist einerseits das Ergebnis einer komplexen sozialen Megamaschine,[12] welche die Anwesenheit von Migrantinnen und Migranten in der Schweiz organisiert und sie zugleich von der gesellschaftlichen und politischen Teilhabe ausschliesst. Andererseits entspricht es der Argumentationsweise sowohl der Befürwortenden der Initiative – was wenig überrascht – als auch jenes Teils der Gegner:innenschaft, der die Argumente des Bundesrates übernahm.

Die Botschaft beider Seiten unterschied sich in einem zentralen Punkt kaum: Migrantinnen und Migranten erschienen als Objekte politischer Entscheidungen ohne eigene Subjektivität, als Arbeitskräfte, über deren Zahl und Einreisebedingungen je nach Nutzen für die Wirtschaft oder der schweizerischen Bevölkerung verfügt werden kann. Der Unterschied zwischen Befürwortenden und Gegner:innenschaft reduzierte sich weitgehend auf die Frage, wie viele Arbeitskräfte benötigt werden und unter welchen Bedingungen sie einreisen sollen.

Die fehlende Anerkennung ihrer persönlichen Subjektivität – noch bevor von politischer Subjektivität die Rede ist – hat ethische und politische Konsequenzen, aber auch erhebliche Auswirkungen auf die Funktionsfähigkeit staatlicher Institutionen. Migrantinnen und Migranten sind Menschen mit eigenen Geschichten, Meinungen, Lebensentwürfen und der Fähigkeit, sich selbst zu vertreten.

Wer beispielsweise über Asyl-, Aufnahme- oder Rückweisungspolitik diskutiert, ohne mit Asylsuchenden selbst zu sprechen und aus erster Hand zu erfahren, wie sie ihre Situation beurteilen, welche Pläne sie verfolgen und welche Beziehungen sie zu ihren Herkunftsländern pflegen, riskiert institutionelle Massnahmen, die wirkungslos bleiben oder sogar das Gegenteil des Beabsichtigten bewirken. Sich mit Asylsuchenden auszutauschen, ist nicht dasselbe, wie ausschliesslich mit Hilfswerken über sie zu sprechen.

Über Migration ohne Migrantinnen und Migranten zu diskutieren, ist vergleichbar mit einer Debatte über Gleichstellung, die ausschliesslich unter Männern geführt wird. Im Jahr 2026 dürfte dies unvorstellbar sein.

Anerkennung politischer Subjektivität als demokratische Herausforderung

Das weitgehende Fehlen migrantischer Stimmen in der Kampagne gegen die Nachhaltigkeitsinitiative war jedoch nicht ausschliesslich das Ergebnis bestehender institutioneller Strukturen. Es beruhte ebenso auf einer bewussten strategischen Entscheidung der politischen Kräfte, welche die Initiative bekämpften.

Ihre Überlegung war nachvollziehbar: Die Opposition sollte möglichst breit abgestützt und es sollte gesellschaftlich breit mobilisiert werden – gerade deshalb sollte die Abstimmung nicht als eigentliche migrationspolitische Auseinandersetzung erscheinen. Die Kampagne konzentrierte sich auf die möglichen wirtschaftlichen und institutionellen Folgen einer Annahme und vermied weitgehend eine offene Diskussion über ihre migrations- und gesellschaftspolitische Tragweite.

Dieser Strategie lag die Annahme zugrunde, dass migrationspolitische Themen dauerhaft von den Deutungsmustern der politischen Rechten geprägt und selbst in die eigene politische Basis eingedrungen seien. Daraus entstand die Überzeugung, die Initiative könne nur erfolgreich bekämpft werden, wenn ihre tatsächliche Bedeutung abgeschwächt, ihre Natur verschleiert und die Forderungen von Migrantinnen und Migranten aus der öf-

fentlichen Debatte herausgehalten würden, um die Wähler:innenschaft nicht zu ›verschrecken‹.

Das Abstimmungsergebnis widerspricht dieser vorsichtigen, letztlich von Angst geprägten Einschätzung deutlich – sofern sie überhaupt je zutraf. Die Mobilisierung in den urbanen Zentren zeigt, dass ein bedeutender Teil der Bevölkerung bereit ist, migrationspolitische Fragen offen als Fragen des gesellschaftlichen Zusammenlebens und der demokratischen Ordnung zu diskutieren, ohne sie auf ökonomische Nützlichkeit oder institutionelle Stabilität zu reduzieren.

Die Anerkennung der persönlichen und politischen Subjektivität von Migrantinnen und Migranten sowie ihres Rechts, sich mit eigener Stimme am politischen und gesellschaftlichen Leben der Schweiz zu beteiligen, bleibt deshalb eine zentrale offene Frage. Sie wird nicht dadurch gelöst, dass Angehörige der zweiten oder dritten Einwanderungsgeneration vermehrt Führungspositionen in Politik, Wirtschaft oder Gesellschaft übernehmen. So wichtig und erfreulich diese Entwicklung ist, ersetzt sie nicht die unmittelbare politische Repräsentation jener Menschen, die heute in die Schweiz einwandern.

Zu glauben, die Tochter oder der Sohn italienischer oder spanischer Arbeitsmigrantinnen und Arbeitsmigranten der 1960er-Jahre könne allein aufgrund der familiären Herkunft automatisch die Interessen der heutigen Zuwanderung verstehen und vertreten, greift zu kurz. Migration verändert sich kontinuierlich – hinsichtlich ihrer sozialen Zusammensetzung, ihrer rechtlichen Rahmenbedingungen, ihrer transnationalen Bezüge und der Erwartungen der Menschen, die in die Schweiz kommen. Mit jeder Migrationsbewegung entstehen neue Erfahrungen und politische Anliegen. Repräsentation kann nicht dauerhaft stellvertretend erfolgen, sondern muss den Betroffenen selbst ermöglicht werden.

In der Schweiz besitzen über 27 Prozent der Wohnbevölkerung keine Schweizer Staatsangehörigkeit. In einzelnen städtischen Gebieten liegt dieser Anteil sogar bei 33 oder 39 Prozent; gleichzeitig wandern jedes Jahr zehntausende Menschen zu und die Einbürgerungsregeln werden verschärft – dadurch gewinnt diese Frage zunehmend an Dringlichkeit.

Die Anerkennung der politischen Subjektivität von Migrantinnen und Migranten ist deshalb kein Randthema der Integrations- oder Migrationspolitik. Sie berührt den Kern des demokratischen Selbstverständnisses der Schweiz. Eine demokratische Gesellschaft kann dauerhaft nicht über einen wesentlichen Teil ihrer Bevölkerung entscheiden, ohne diesen Menschen zugleich die Möglichkeit zu geben, ihre Interessen und Perspektiven selbst

in den politischen Prozess einzubringen. Die Anerkennung der politischen Subjektivität von Migrantinnen und Migranten ist deshalb nicht nur eine migrationspolitische Aufgabe. Sie ist eine demokratische Notwendigkeit.

Anmerkungen

1 Die Initiative wird im Text verkürzt als Nachhaltigkeitsinitiative bezeichnet.

2 Eine Zusammenfassung zur eidgenössischen Volksinitiative ›Gegen Masseneinwanderung‹ vom 9. Februar 2014 befindet sich auf Wikipedia, org/wiki/Eidgenössische_Volksinitiative_«Gegen_Masseneinwanderung» (Abfrage 17.8.2026)

3 Eine Rückstufung im Schweizer Ausländerrecht (gemäss Art. 63 Abs. 2 AIG) bedeutet, dass eine unbeschränkte Niederlassungsbewilligung (Ausweis C) wegen mangelnder Integration in eine befristete Aufenthaltsbewilligung (Ausweis B) umgewandelt wird. Die Behörden wenden dieses Mittel an, um Integrationsdefizite zu sanktionieren und einzufordern. beobachtungsstelle.ch/news/rueckstufung-nach-fast-20-jaehrigem-aufenthalt-in-der-schweiz (Abfrage 17.08.2026)

4 Überblick über die migrationspolitischen Volksinitiativen seit 1968. swissinfo.ch/ger/schweizer-politik/20-initiativen-in-60-jahren-unablässig-debattiert-die-schweiz-über-zuwanderung/91265297 (Abfrage 8.8.2026)

5 Medienmitteilung des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements: Die Volksinitiative ›Keine 10-Millionen-Schweiz!‹ gefährdet Wohlstand, Sicherheit und Stabilität der Schweiz. www.ejpd.admin.ch/de/bundesrat-lehnt-volksinitiative-keine-10-millionen-schweiz-ab (Abfrage 8.8.2026)

6 Federazione delle Colonie Libere Italiane, 1970: A venti giorni dal referendum. In: Emigrazione Italiana, Nr.10. »Wie vielerorts festgestellt wurde, wurde der arbeitenden Wählerschaft während der gesamten Kampagne geraten, mit rein wirtschaftlichen Argumenten Nein zu stimmen: Eine drastische Reduktion der ausländischen Arbeitskräfte würde den Produktionsprozess lähmen, zahlreiche Fabriken schliessen und Arbeitslosigkeit verursachen. Im Wesentlichen beschränkte man sich – von wenigen Ausnahmen abgesehen – darauf, dieselben Argumente wie das Unternehmertum vorzubringen, und dies gerade in dem Moment, als sich die Vertreter der Initiative scheinbar gegen das Industriekapital wandten. Mit der Überfremdungsinitiative wurde somit eine grosse Gelegenheit verpasst, den schweizerischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern die Probleme und die Situation der Migrantinnen und Migranten zu erklären und ihnen verständlich zu machen, dass ihre Probleme dieselben sind wie jene der ausländischen Arbeiterinnen und Arbeiter …« fcli.ch/emigrazione-italiana-anno-1970 (Abfrage 8.8.2026)

7 www.nein-chaos.ch (Abfrage 8.8.2026)

8 Zur gewerkschaftlichen Debatte über Personenfreizügigkeit und Lohnschutz. swissinfo.ch/ita/libera-circolazione-non-ha-futuro-senza-protezione-salari/48474860 (Abfrage 8.8.2026)

9 Bundesamt für Statistik: Eidgenössische Volksabstimmungen vom 14. Juni 2026. abstimmungen.admin.ch/details?proposalId=6860 (Abfrage 8.8.2026)

10 Für die räumliche Auswertung wird die Stadt/Land-Typologie des Bundesamtes für Statistik (Stadt/Land-Typologie 2012) mit den Kategorien Kernstadt, übriger städtischer Raum, intermediär und ländlich verwendet.

11 Die Initiative ›Für ein besseres Leben im Alter‹ zur Einführung einer 13. AHV-Rente wies eine vergleichbare Stimmbeteiligung auf und dient hier als Beispiel für eine erfolgreiche Verschiebung konservativer Stimmen zugunsten einer linken Vorlage.

12 Der Begriff der sozialen Megamaschine wird in Anlehnung an Luciano Gallino verwendet, insbesondere an sein Buch *Lotta di classe dopo la lotta di classe*. Laterza, 2012.

Autor:innen

Elife Biçer-Deveci Historikerin, SP Einwohnerrätin Windisch

Jonas Borer Dozent und Doktorand (Soziologie und Erziehungswissenschaften)

Guglielmo Bozzolini Erwachsenenbildner und Geschäftsleiter der Stiftung ECAP, Zürich

Franco Cavalli Präsident mediCuba-Europa, em. Onkologieprofessor, ehem. Fraktionschef SPS, Beirat Widerspruch, Ascona

Demian Cornu freier Autor, Vater, Co-Präsident DeutschSchweizer PEN Zentrum, Kurator Diskussionsreihe h*story, Bern

Daniel de Roulet arbeitete als Architekt und Informatiker, Schriftsteller seit 1997, ausgezeichnet mit verschiedenen Preisen, Genf

Francesca Falk Dozentin für Migrationsgeschichte an der Universität Bern, ehem. Vizepräsidentin Schweiz. Gesellschaft für Geschichte, Ostermundigen

Regula Flury Psychologin, feministische Aktivistin, Zürich

Benjamin Gerwoll Softwareentwickler, Redaktor Widerspruch, Zürich

Edibe Gölgeli Betriebsökonomin, Grossrätin SPS, Riehen

Roland Herzog Ökonom und Soziologe, Bern

Bernd Hüttner Politikwissenschaftler, Bremen / Hannover

Julia Klebs Redaktorin Widerspruch, Lehrerin, Basel

Ueli Mäder Soziologe, Prof. em., Universität Basel und FHNW, Rheinfelden

Daniel Rothenbühler Germanist und Romanist, Lausanne

Beat Schmid Co-Präsident mediCuba-Schweiz, Projektkoordinator Kuba bei Associazione per l'Aiuto Medico al Centro America, Caslano TI

Nina Schneider Soziologin und feministische Aktivistin, Zürich

Marie Seidel freie Redaktorin und Klimaaktivistin bei act now!, Zürich

Kurt Seifert Sozialwissenschaftler und Publizist, Winterthur

Urs Sekinger Präsident SOLIFONDS, ehem. Redaktor Widerspruch, Zürich

Tobias Studer wissenschaftlicher Mitarbeiter, Hochschule für Soziale Arbeit FHNW, Institut Integration und Partizipation

Therese Wüthrich Redaktorin Widerspruch, ehem. Zentralsekretärin der Mediengewerkschaft syndicom, Bern

Yvonne Zimmermann Historikerin, Koordinatorin SOLIFONDS, Bern